

21.02.2013

# **Beschlussempfehlung und Bericht**

## **des Haushalts- und Finanzausschusses**

zu dem Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
- Drucksache 16/1400 -

2. Lesung

## **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2013 (Haushaltsgesetz 2013)**

Einzelplan 03 – Ministerium für Inneres und Kommunales

**Berichterstatter**

Abgeordneter Daniel Sieveke CDU

## **Beschlussempfehlung**

Der Entwurf des Einzelplans 03 wird unverändert angenommen.

Datum des Originals: 21.02.2013/Ausgegeben: 25.02.2013

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)



## Bericht

### **A Beratungsergebnis der Fachausschüsse**

Der Entwurf des Einzelplans 03 wurde vom

- |                                     |                |
|-------------------------------------|----------------|
| - Innenausschuss                    | Vorlage 16/606 |
| und dem                             |                |
| - Parlamentarischen Kontrollgremium | Vorlage 16/608 |

beraten. Erläuterungen zum Entwurf des Einzelplans 03 lagen zu den Beratungen als Vorlage 16/424 vor.

- a) Der Innenausschuss hat den Einzelplan 03 in seiner Sitzung am 31. Januar 2013 abschließend beraten und abgestimmt. Änderungsanträge wurden nicht gestellt. Der Einzelplan – Zuständigkeitsbereich des Ausschusses - wurde mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der PIRATEN-Fraktion unverändert angenommen.
- b) Für eine Beratung des Einzelplans 03 gab es im Ausschuss für Kommunalpolitik keinen Bedarf. Dieser Fachausschuss hat sich im Rahmen der Haushaltsberatungen für das Kalenderjahr 2013 auf das GFG 2013 konzentriert.
- c) Der geheimzuhaltende Wirtschaftsplan des Verfassungsschutzes wurde inhaltlich durch das allein zuständige Parlamentarische Kontrollgremium beraten. Das Kontrollgremium hat in den Wirtschaftsplan (Vorlage 16/608) nach § 10a Abs. 2 LHO in seiner Sitzung am 19. Februar 2013 eingewilligt.

### **B Beratungsergebnisse der Berichterstatter des Haushalts- und Finanzausschusses**

Die Berichterstatter des Haushalts- und Finanzausschusses haben sich mit dem Entwurf des Einzelplans 03 befasst. Das Ergebnis der Beratungen ergibt sich aus der Vorlage 16/512.

### **C Beratungen der Unterausschüsse**

Im Unterausschuss „Personal“ erfolgte die Beratung zum Personaletat am 29. Januar 2013. Das Ergebnis ist in der Vorlage 16/600 dargestellt. Des Weiteren sind die Beratungen des Haushalts- und Finanzausschusses im Bericht zum Entwurf des Haushaltsgesetzes 2013 – Drucksache 16/2100 – dargestellt. Änderungsanträge lagen im Unterausschuss „Personal“ nicht vor.

Im Unterausschuss „Landesbetriebe und Sondervermögen“ erfolgten die Beratungen zum Landesbetrieb Information und Technik NRW, Kapitel 03 610 am 30. Januar 2013. Das Ergebnis der Beratungen ist in Vorlage 16/601 dargestellt.

Das Ergebnis der Beratungen einzelplanübergreifender Anträge ist in dem Bericht zum Einzelplan 20 - Drucksache 16/2120 - dargestellt.

## D Abschließende Beratung im Haushalts- und Finanzausschuss

Der Haushalts- und Finanzausschuss hat sich am 21. Februar 2013 abschließend mit dem Entwurf des Einzelplans 03 befasst. Von der CDU-Fraktion lagen vier Änderungsanträge, von der PIRATEN-Fraktion ein Änderungsantrag zur Abstimmung vor. Diese Änderungsanträge wurden mehrheitlich abgelehnt. Das Abstimmungsverhalten ergibt sich aus den Anhängen.

## E Gesamtabstimmung

In der Gesamtabstimmung wurde der Entwurf des Einzelplans 03 - unter Einbeziehung der Einwilligung des Kontrollgremiums zum Wirtschaftsplan des Verfassungsschutzes - mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP sowie der PIRATEN-Fraktion unverändert **angenommen**.

Christian Möbius  
Vorsitzender

Anhang: 4 Änderungsanträge der CDU-Fraktion  
1 Änderungsantrag der PIRATEN-Fraktion

Anlage: Veränderungsnachweis des Finanzministeriums (entfällt)

Anlage 1: Änderungen in den Haushaltsansätzen (entfällt)

**Änderungsantrag zum Einzelplan 03  
zum Haushaltsgesetz 2013**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
1	CDU	<p><b>Kapitel 03 020 Allgemeine Bewilligungen</b>  <b>Titelgruppe 83 Projekt Prävention Jugendkriminalität</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"><b>2013</b></td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: right;"><b>2012</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">8.500.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">8.500.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">7.500.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">1.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Die CDU-Fraktion bekennt sich zu einer effektiven Präventionspolitik auf der Grundlage des Abschlussberichts der Enquetekommission „Prävention“ aus der 14. Wahlperiode, in dem u.a. die Errichtung einer Landespräventionsstelle empfohlen wurde. Dass diese Stelle jährlich mit 8,5 Millionen Euro aus Landesmitteln finanziert werden soll, ist dem Abschlussbericht nicht zu entnehmen. Die vorgeschlagene Reduzierung des Mittelansatzes ist daher folgerichtig und dient der Haushaltskonsolidierung.</p>	<b>2013</b>		<b>2012</b>	von	8.500.000 Euro	8.500.000 Euro	um	7.500.000 Euro		auf	1.000.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>Enth.</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	nein	PIRATEN	Enth.
<b>2013</b>		<b>2012</b>																							
von	8.500.000 Euro	8.500.000 Euro																							
um	7.500.000 Euro																								
auf	1.000.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	nein																								
PIRATEN	Enth.																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 03  
zum Haushaltsgesetz 2013**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
2	PIRATEN	<p><b>Kapitel</b>                    <b>03 020</b>  <b>Titel</b>                        <b>XXX XX</b>  <b>Titelbezeichnung</b>    <b>Modellprojekt: Kommune 2.0</b></p> <p>Einrichtung eines neuen Titels</p> <p><b>2013</b></p> <p>von                            100.000 Euro</p> <p><b>Begründung:</b>  Das Geld soll zur Finanzierung eines Wettbewerbs unter allen Kommunen genutzt werden. Die gesuchte Modell-Kommune 2.0 soll die volle Bandbreite an neuen Technologien einsetzen, um das Potenzial von Open Data und Open Government zu testen. Dabei sollen wichtige Erkenntnis zur flächendeckenden Einführung solcher Strukturen im ganzen Land gesammelt werden. Vorrangig geht es um die Umsetzung von bereits in Best Practice-Beispielen, die aus der Zivilgesellschaft heraus erarbeitet wurden und als Open-Source-Projekte frei abrufbar sind. Beispielhaft seien hier die Projekte "Liquid Feedback", "Offenes Köln", die Open Data-Portalsoftwarelösung "ckan", die Projektmanagementsoftware "Redmine", sowie Projekte zum Aufbau der Barrierefreiheit wie Einführung von Ratsstreaming mit Hilfe von OwnTube oder einer Haushaltsvisualisierung nach dem Beispiel der Plattform</p>	<p><b>abgelehnt</b></p> <p>SPD            nein  CDU            nein  GRÜNE        nein  FDP            nein  PIRATEN        ja</p>

		<p>OpenSpending.org. Zuletzt sollten kollaborative Ansätze - wie sie bei "Fix my Street", "Fix my Transport" oder "Pledgebank" der UK Citizens Online Democracy (UKCOD) bereits erfolgreich praktiziert werden - mit ins Angebot der Kommune aufgenommen werden, um der aufgeklärten, aktiven Bürgergesellschaft die Möglichkeit zu geben sich auch in die Verwaltung ihrer Gemeinde einbringen zu können.</p> <p>Die ausgewählte Kommune muss garantieren alle Maßnahmen im vollen Umfang zu unterstützen und alle benötigten Informationen und Zugänge zu Datenbanken zur Verfügung zu stellen. Im Gegenzug werden alle technischen Implementierungen im Rahmen des Projekts vom Ministerium ausgeführt und Schulungen für Personal und Bürger organisiert.</p> <p>Je nach Größe der Kommune kann zusätzlich noch erwogen werden die Umstellung der Gemeinde-IT auf Open-Source-Lösungen zu fördern.</p> <p>Abschließend muss ein Bericht mit den gewonnenen Erkenntnissen angefertigt werden, um eine Prozessoptimierung zur Umsetzung dieses Konzepts auf andere Kommunen voranzutreiben.</p>	
--	--	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--

**Änderungsantrag zum Einzelplan 03  
zum Haushaltsgesetz 2013**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
3	CDU	<p><b>Kapitel 03 110      Polizei</b> <b>Titel 462 10        Einsparbeitrag Personalausgaben</b></p> <p>Ausbringung eines neuen Titels</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"><b>2013</b></td> <td style="width: 50%; text-align: right;"><b>2012</b></td> </tr> <tr> <td>von                      0 Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um    -    5.500.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf    -    5.500.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Polizisten sind von reiner Verwaltungstätigkeit zu entlasten. In den nächsten fünf Jahren sollen insgesamt 1.000 zusätzliche Stellen für „Polizeiverwaltungsassistenten“ geschaffen werden. Hierdurch kann mehr Personal für den operativen Einsatz gewonnen werden. Auch weitere Tätigkeiten, die nicht zur Kernaufgabe der Polizei gehören, sind zu reduzieren. Hierzu zählen u.a. Fahrradführerschein-Prüfungen, Pkw-Bremstests an Berufsschulen, Begleitung von Schwertransporten. Durch Aufgabenreduzierungen und den Einsatz von Polizeiverwaltungsassistenten kann ein Einsparbeitrag erwirtschaftet werden.</p>	<b>2013</b>	<b>2012</b>	von                      0 Euro	0 Euro	um    -    5.500.000 Euro		auf    -    5.500.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	Enth.	PIRATEN	Enth.
<b>2013</b>	<b>2012</b>																				
von                      0 Euro	0 Euro																				
um    -    5.500.000 Euro																					
auf    -    5.500.000 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	ja																				
GRÜNE	nein																				
FDP	Enth.																				
PIRATEN	Enth.																				



**Änderungsantrag zum Einzelplan 03  
zum Haushaltsgesetz 2013**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
4	CDU	<p><b>Kapitel 03 110      Polizei</b> <b>Titelgruppe 62      Modellprojekt „Polizeiverwaltungsassistentenz“</b></p> <p>Schaffung einer neuen Titelgruppe und Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"><b>2013</b></td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: right;"><b>2012</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">500.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">500.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Um den Polizeivollzugsdienst von reiner Verwaltungstätigkeit zu entlasten, sollen in den nächsten fünf Jahren jeweils 200 zusätzliche Stellen für so genannte „Polizeiverwaltungsassistenten“ geschaffen werden. Dabei soll es sich um Angestellte im Polizeidienst handeln, die beispielsweise Hilfssachbearbeitertätigkeiten oder Zuarbeiten in den Führungsstellen übernehmen können. Dadurch kann der Polizeivollzugsdienst spürbar entlastet und Personal für den operativen Bereich zurückgewonnen werden.</p>	<b>2013</b>		<b>2012</b>	von	0 Euro	0 Euro	um	500.000 Euro		auf	500.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>Enth.</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	Enth.	PIRATEN	Enth.
<b>2013</b>		<b>2012</b>																							
von	0 Euro	0 Euro																							
um	500.000 Euro																								
auf	500.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	Enth.																								
PIRATEN	Enth.																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 03  
zum Haushaltsgesetz 2013**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
5	CDU	<p><b>Kapitel 03 310      Fünf Bezirksregierungen</b> <b>Titelgruppe 74      Arbeitsschutz</b></p> <p>Neuorganisation der Aufgaben des Arbeitsschutzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;"><b>2013</b></td> <td style="width: 35%;"></td> <td style="width: 15%;"></td> <td style="width: 35%; text-align: right;"><b>2012</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>27.767.800 Euro</td> <td></td> <td style="text-align: right;">25.153.800 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>9.300.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>18.467.800 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Die Aufgaben des Arbeitsschutzes sollen in 2013 neu organisiert werden. Zuständig sind bislang sowohl der staatliche Arbeitsschutz wie auch die Berufsgenossenschaften. Viele Aufgabenfelder überschneiden sich. Synergieeffekte aus Doppelarbeit sollen besser genutzt werden. Insbesondere für die Unternehmen führt dies zu einem Bürokratieabbau.</p> <p>Damit beispielsweise die Berufsgenossenschaften stärker im Arbeits- und Gesundheitsschutzes tätig sein können, sind zunächst die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen und entsprechende vertragliche Vereinbarungen zu schließen. Dabei sind haushaltrechtlich sowohl die Einnahmeansätze aus auch die Ausgabeansätze in Einzelplan 03 und 11 zu berücksichtigen.</p>	<b>2013</b>			<b>2012</b>	von	27.767.800 Euro		25.153.800 Euro	um	9.300.000 Euro			auf	18.467.800 Euro			<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	Enth.	PIRATEN	Enth.
<b>2013</b>			<b>2012</b>																										
von	27.767.800 Euro		25.153.800 Euro																										
um	9.300.000 Euro																												
auf	18.467.800 Euro																												
SPD	nein																												
CDU	ja																												
GRÜNE	nein																												
FDP	Enth.																												
PIRATEN	Enth.																												